

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Zukunftspakt Kommunen Hessen feierlich unterzeichnet

(v.l.n.r.): OB Gert-Uwe Mende (Präsident HStT), Finanzminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck, Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori, LR Bernd Woide (HLT-Präsident), Bgm. Markus Röder (Präsident HSGB). (Bildrechte: HMDf)

Der von Herrn Ministerpräsident Boris Rhein angeregte „Zukunftspakt Kommunen Hessen“ ist nach intensiver Vorarbeit am 06.02.2026 in einem feierlichen Rahmen von den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, sowie Finanzminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck und Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori unterzeichnet worden.

Für den Hessischen Landkreistag markiert die Vereinbarung einen wichtigen politischen Schritt – zugleich macht sie deutlich, dass eine nachhaltige Stabilisierung der kommunalen Finanzen nur mit grundlegenden Veränderungen auf Bundesebene gelingen kann. Entsprechend positiv wurden die Inhalte durch den Präsidenten des Hessischen Landkreistags, Landrat Bernd Woide, und die Erste Vizepräsidentin, Landrätin Anita Schneider bewertet.

Aus kommunaler Sicht ist besonders hervorzuheben, dass der Pakt zentrale strukturell bedingte Ursachen der finanziellen Schieflage adressiert und Land sowie Kommunen gemeinsam gegenüber dem Bund auftreten wollen. Inhalte sind:



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der Zukunftspakt ist vor dem Hintergrund der dramatisch schlechten Finanzlage unserer Landkreise ein starkes Signal der Partnerschaft zwischen Land und Kommunen. Deutlich wird, dass die strukturelle Finanzschwäche der Kommunen maßgeblich durch Bundesgesetze und ständig wachsende Leistungsansprüche verursacht wurde, ohne dass eine ausreichende Gegenfinanzierung erfolgt ist. Leistungsansprüche müssen künftig durch eine kostendeckende Gegenfinanzierung abgedeckt werden. Unabdingbar ist aber auch, dass individuelle soziale Transferleistungsansprüche überprüft und neu definiert werden. Der Zukunftspakt ist deshalb nur ein erster Schritt. Nun muss daraus eine langfristige, strukturelle Stärkung der kommunalen Ebene entstehen.

Ihr Bernd Woide, Präsident

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- **Novelle des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG)**

KURZ NOTIERT SEITE 03

- **20-jähriges Dienstjubiläum Präsident Landrat Bernd Woide**
- **Antrittsbesuch beim Hessischen Landkreistag: Austausch mit Rechnungshof-Präsident Uwe Becker**
- **KommFlexG verabschiedet: Entbürokratisierung und Standardabbau beschlossen**

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- **DLT fordert stärkeren Schutz kritischer Infrastrukturen**
- **Sozialstaatskommission erfolgreich abgeschlossen – starkes Signal staatlicher Handlungsfähigkeit**

TERMINE

SEITE 04

Investitionsoffensive mit Milliardenvolumen

Mehr als die Hälfte der rund 7,4 Milliarden Euro aus dem Infrastruktur-Sondervermögen soll an die Kommunen fließen. Damit entstehen dringend benötigte Spielräume für Investitionen in Krankenhäuser, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, Mobilität, Digitalisierung sowie den Bevölkerungsschutz. Für die Landkreise ist dies ein entscheidender Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Konnexität stärken – Bund stärker in die Verantwortung nehmen

Land und Kommunen bekennen sich ausdrücklich zum Prinzip, dass neue Aufgaben nur mit gesicherter Finanzierung übertragen werden dürfen. Die vereinbarte engere Abstimmung gegenüber dem Bund ist aus Sicht des Landkreistags überfällig.

Zu oft wurden kostenintensive bundespolitische Entscheidungen ohne ausreichende finanzielle Gegenfinanzierung beschlossen, die auf der kommunalen Ebene vor Ort umzusetzen sind – mit unmittelbaren dramatischen Folgen für kommunale Haushalte.

Sozialausgaben begrenzen, Verfahren vereinfachen

Steigende Soziallasten zählen zu den größten Risiken für die kommunale Finanzstabilität. Die im Zukunftspakt vorgesehenen Initiativen zur Begrenzung der Ausgaben, zur Optimierung von Verfahren und zur gerechteren Lastenverteilung sind daher ein wichtiges politisches Signal.

Mehr Handlungsspielräume durch Bürokratieabbau

Der vereinbarte Grundsatz „Vertrauen statt Kontrolle“ sowie flexiblere Standards können dazu beitragen, kommunales Handeln wieder stärker auf Ergebnisse auszurichten statt auf Dokumentationspflichten.

Digitalisierung und leistungsfähige Strukturen

Die geplante Standardisierung von IT, vollständig digitale Verwaltungsprozesse und neue Formen interkommunaler Zusammenarbeit bieten die Chance, dauerhaft effizientere Strukturen aufzubauen und dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.

Diese Maßnahmen sind vor dem Hintergrund besonders wichtig, dass die Landkreise tagtäglich das Funktionieren des Staates vor Ort sichern – von der sozialen Sicherung über Integration bis hin zum Bevölkerungsschutz. Hierfür wird eine Finanzarchitektur benötigt, die den realen Aufgaben entspricht. Die Erwartungen der Landkreise sind deshalb klar: Ohne eine dauerhaft verlässliche Beteiligung des Bundes an den kommunalen Lasten wird die finanzielle Handlungsfähigkeit vieler Kreise weiterhin unter Druck stehen. Eine entsprechende Änderung der Bundesgesetzgebung erfordert die institutionelle Unterstützung des Landes Hessen, z.B. im Bundesrat. Der Hessische Landkreistag wird die Umsetzung des Zukunftspakts konstruktiv begleiten und sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Hessens gesichert werden.

Novelle des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG)



Das geltende Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) regelt Vergabeaufträge der öffentlichen Hand und formuliert dazu relativ hohe formale Anforderungen. Aufwendige Nachweise und vielfältige Prüfverfahren gestalten den administrativen Aufwand komplex und führen damit zu langen und aufwändigen Verfahren.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Umsetzung der mit dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität beabsichtigten „Investitionsoffensive in die Modernisierung und in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ ist dringend eine Verfahrensbeschleunigung und Entbürokratisierung erforderlich. Die Landesregierung plant vor diesem Hintergrund eine Novellierung des HVTG.

Die HLT-Gremien haben sich intensiv mit den möglichen Inhalten der Novellierung befasst, die das Ziel verfolgen: „Mehr Tempo, mehr Fairness, weniger Bürokratie.“ In seiner Stellungnahme begrüßt der HLT ausdrücklich diese Intention des Gesetzentwurfs. Unterstützt wird insbesondere der vorgesehene Abbau von überflüssiger Bürokratie, die Anhebung der Wertgrenzen und der geplante Übergang von einer „Misstrauens- zu einer Vertrauenskultur“. Zwar sind weitergehende Verschärfungen des Verfahrens und Erleichterungen der bürokratischen Vorgaben aus Sicht des Verbandes vorstellbar. Dennoch bestätigte das HLT-Präsidium die grundsätzlich positive Bewertung des Entwurfs. Wichtig sei jedoch, dass die mit der Novelle beabsichtigten Verfahrenserleichterungen nun zeitnah umgesetzt werden.

20-jähriges Dienstjubiläum LR Woide

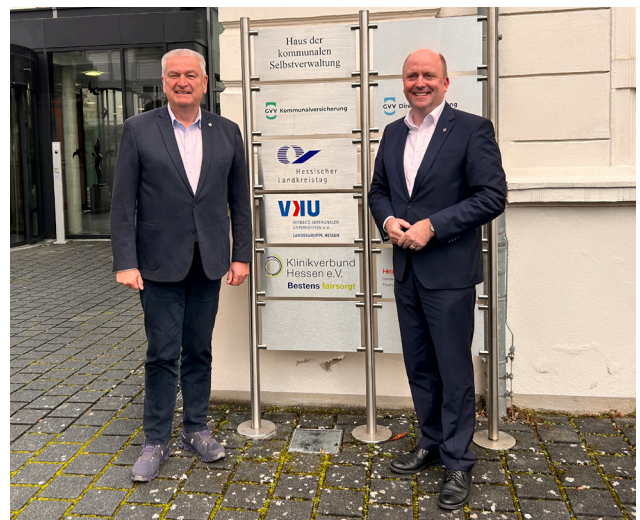


v.l.n.r.: Prof. Dr. Poseck, Landrat Woide, Landrätin Schneider (Bildrechte: HMDf)

HLT-Präsident Bernd Woide, Landkreis Fulda, konnte am 12.02.2026 sein 20. Dienstjubiläum als Landrat begehen. Er ist damit derzeit der dienstälteste Landrat Hessens. Am Rande der feierlichen Unterzeichnung des Zukunftspaktes Hessen erfolgte eine Würdigung des besonderen Dienstjubiläums. Dabei gratulierte auch Innenminister Prof. Dr. Poseck und betonte, Bernd Woide sei ein „Mann der klaren Worte“, der den Landkreis mit Professionalität, Weitblick, Selbstbewusstsein und Augenmaß führe. Mit „klarem Kompass, Mut und Tatkraft“ habe er im Kreis den Weg durch die großen Herausforderungen der letzten Jahre geebnet. „Dabei ist er stets nah bei den Menschen in der Region, die ihm ganz besonders am Herzen liegen“. Die Glückwünsche des HLT wurden u.a. durch die Erste Vizepräsidentin, Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen, überbracht.

Antrittsbesuch beim HLT

Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs, Uwe Becker, stattete dem HLT einen Antrittsbesuch ab. Im Mittelpunkt standen die angespannte Finanzlage der Landkreise, eine praxisingerechte Vereinfachung der Fördermittelvergabe sowie die hohen Kosten im Bereich Asyl und Migration. Die Gesprächspartner betonten die Notwendigkeit einer verlässlichen finanziellen Ausstattung und einer Rückführung der Bürokratie. Eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung durch Bund und Land einschließlich einer Überprüfung der Standards seien notwendig, um die Aufgaben vor Ort dauerhaft bewältigen zu können. Der HLT begrüßte den offenen Austausch. Beide Seiten vereinbarten, den fachlichen Austausch fortzuführen.



KommFlexG verabschiedet



Mit dem am 23.12.2025 in Kraft getretenen Ersten Bürokratieabbaugesetz setzt Hessen ein deutliches Zeichen für Verwaltungsvereinfachung. In 90 Artikeln werden Vorschriften vereinfacht oder gestrichen: Digitale Kopien ersetzen häufiger Originale und Beglaubigungen, Schriftformerfordernisse werden reduziert und E-Mail-Verfahren ermöglicht. Zudem entfallen verschiedene Berichts- und Nachweispflichten, und Genehmigungsverfahren – etwa im Straßen- und Umweltrecht – sollen durch den Wechsel vom „Einvernehmen“ zum „Benehmen“ beschleunigt werden.

Am 05.02.2026 verabschiedete der Landtag zusätzlich das Kommunale Flexibilisierungsgesetz (KommFlexG). Es erweitert die Handlungsspielräume der Kommunen, indem Landkreise, Städte und Gemeinden auf Antrag für bis zu vier Jahre von landesrechtlichen Standards abweichen können. Modellkommunen dürfen sogar mehr als zehn Standards abbauen.

Der Hessische Landkreistag begrüßt das Gesetz und sieht darin ein geeignetes Instrument, Vorgaben zu überprüfen und dauerhaft zu reduzieren – gerade angesichts knapper personeller und finanzieller Ressourcen.

Für die Umsetzung hat das Innenministerium ein schlankes „One-Stop“-Verfahren zugesagt: Anträge sollen zentral eingehen und intern weitergeleitet werden, um Kommunen aufwendige Zuständigkeitsprüfungen zu ersparen. Bereits mit Inkrafttreten wurde auf Anregung des HLT der Anhörungsausschuss im Widerspruchsverfahren abgeschafft. Entscheidend für den Erfolg des KommFlexG wird nun eine breite Beteiligung der Landkreise und zahlreiche Anträge auf Standardabsenkung sein.

DLT fordert stärkeren Schutz kritischer Infrastrukturen

Der mehrtägige, durch einen terroristischen Anschlag verursachte Stromausfall im Berliner Südwesten zeigt nach Einschätzung des Deutschen Landkreistags, wie schnell ein regionales Ereignis zentrale Versorgungsstrukturen lahmlegen kann. Präsident Achim Brötzel fordert Bund und Länder daher auf, den Schutz kritischer Infrastrukturen organisatorisch, technisch und finanziell weiter auszubauen. Schon ein einzelner Angriff könne zehntausende Menschen treffen und die Belastungsgrenze des Alltags überschreiten, so Brötzel.

Die Landkreise halten als Träger des Katastrophenschutzes seit Jahren belastbare Strukturen vor. Leitstellen, Krankenhäuser sowie Wasser- und Abwasseranlagen verfügen in der Regel über Notstrom- und Notfallkonzepte; vielerorts laufen zudem Vorbereitungen, um die Bevölkerung bei längeren Ausfällen versorgen und informieren zu können. Resilienz sei jedoch ein fortlaufender Prozess, betonte Brötzel. Dafür brauche es eine verlässliche Finanzierung und eine enge Abstimmung aller staatlichen Ebenen.

Der DLT fordert, bestehende Sicherheitslücken im laufenden parlamentarischen Verfahren zu schließen. Der Schutz kritischer Infrastrukturen bleibe eine Daueraufgabe, die konsequent weiterentwickelt werden müsse.

TERMINE

- **Schul- und Kulturausschuss**
Montag, 09.03.2026, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Finanzausschuss**
Dienstag, 17.03.2026, 10:00, Wiesbaden
- **Gesundheitsausschuss**
Mittwoch, 25.03.2026, 10:00 Uhr, Videokonferenz
- **Ausschuss der Landrätinnen und Landräte**
Freitag, 27.03.2026, 11:00 Uhr, Videokonferenz
- **Präsidium**
Donnerstag, 23.04.2026, 09:30 Uhr, Wiesbaden

Sozialstaatskommission erfolgreich abgeschlossen – starkes Signal staatlicher Handlungsfähigkeit



Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund bewerten die Ergebnisse der Sozialstaatskommission positiv. Die geplante Bündelung von Sozialleistungen und die Vereinfachung von Verfahren seien ein wichtiger Schritt hin zu einem übersichtlicheren und bürgerfreundlicheren Sozialstaat. Ein einheitliches Sozialleistungssystem mit weniger Behörden und Schnittstellen stärke die staatliche Handlungsfähigkeit – löse jedoch nicht die angespannte kommunale Finanzlage.

Die Verbände betonten, dass ein modernes Leistungsrecht zwingend mit digitalisierten und weitgehend automatisierten Prozessen einhergehen müsse. Das entlaste die Verwaltung und erhöhe das Vertrauen in schnelle, verlässliche Abläufe. Künftig sollten Wohngeld und Kinderzuschlag mit Bürgergeld und Sozialhilfe zusammengeführt werden, um Systemwechsel zu reduzieren und Transparenz zu schaffen. Für die Umsetzung böten sich bestehende Strukturen an: Jobcenter für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und Sozialämter für nichterwerbsfähige Personen – aus vier Behördensträngen würden zwei.

Kritisch vermerkten DLT und DStGB, dass der Arbeitsauftrag der Kommission eingeschränkt war, sodass die notwendige Debatte über Standards und Finanzierbarkeit des Sozialstaates hier nicht geführt werden konnte. Die gebotene Debatte vor allem in Bezug auf Kostentreiber wie die Eingliederungshilfe oder die Kinder- und Jugendhilfe sei nicht Gegenstand der Kommission gewesen und müsse dringend an anderer Stelle einer Lösung zugeführt werden, wie die Sozialstaatskommission es auch zutreffend festhalten habe.



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Geschäftsführer:
Dr. Michael Koch
Tim Ruder

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: streiner@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Dr. Lorenz Wobbe
(Pressesprecher)
Vanessa Streiner
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Triadon – Kommunikationsdesign
www.triadon.de
Fichtering 11a
64572 Büttelborn

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag
Hessisches Finanzministerium
Adobe Systems Software
Ireland Limited